



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 2. Ratssitzung vom 11. Mai 2022

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/90 und 2021/383

53. 2022/90
Dringliches Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 16.03.2022:
Definitive Erhöhung der Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2022/90 (vergleiche Beschluss-Nr. 5082/2022): Der Stadtrat hat beschlossen, dass er die Gastronomie-Aussenbestuhlung verlängern will. Wir finden, dass diese wirtschaftsliberale Ordnung gut weitergeführt werden kann, da das während der Pandemie gut funktioniert hat. Ich freue mich, dass aus den SP-Kreisen vernünftige Vorschläge für eine Textänderung kamen, die wir selbstverständlich annehmen. Es geht um die Sache und nicht darum, wer es geschrieben hat.

Regula Fischer Svosve (AL) begründet den von Dr. David Garcia Nuñez (AL) namens der AL-Fraktion am 30. März 2022 gestellten Textänderungsantrag zu GR Nr. 2022/90: Der öffentliche Raum ist ein grundlegendes Element der Stadtplanung und spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Lebensqualität in der Stadt geht. Grundsätzlich muss der öffentliche Freiraum für alle und ohne Einschränkungen zugänglich sein – auch ohne Konsumationszwang. Öffentliche Freiflächen sind beschränkt. Wenn an einem Ort etwas dazukommt, muss an einem anderen Ort etwas weggenommen werden – das ist eine einfache Rechnung. Unserer Meinung nach bietet sich ein Tauschgeschäft an: Gastronomie gegen Parkplätze. Parkierte Autos besetzen viel Freiraum, der auch Nicht-Autofahrerinnen zusteht. Damit kann dieses Ungleichgewicht ein wenig korrigiert werden. Die grossen Motorräder werden eh schon auf dem Trottoir parkiert.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die grosszügige Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund unbegrenzt beibehalten werden kann. Dies beinhaltet die erhöhte Anzahl der Plätze um maximal 30 Prozent. Im Gegenzug soll der entsprechende Platzbedarf mit der Aufhebung von Parkplätzen für den MIV kompensiert werden. Die Regelung soll in den «Leitfaden Boulevardgastronomie» aufgenommen werden.

Nicole Giger (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Grundsätzlich stehen wir dem Anliegen sehr positiv gegenüber. Die grossflächigere Gastronomie-Aussenbestuhlung tut der Stadt enorm gut. Sie half nicht nur der gebeutelten Gastronomie-Branche, sondern hauchte der Stadt auch Leben ein. Viele Plätze und Orte wurden durch diese Regelung lebendiger und Zürich wurde das vermittelt, was manchmal fehlt: Ferienflair und dass sich das Leben vermehrt draussen abspielt. Das positive Echo in der Bevölkerung



war spürbar. Immer wieder hörte ich von Freunden oder Bekannten, wie gut das der Stadt tut und wie sehr man das schätzt. Schliesslich ist es auch eine einfache Möglichkeit, etwas für das Gastgewerbe zu tun. Gebühren für das Gewerbe und insbesondere die Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Grunds wurden während der Pandemie erlassen. Dafür setzte sich die SP immer erfolgreich ein. Das war richtig und es brauchte definitiv diese Unterstützung während der Durststrecke in einer Zeit, in der es das Gewerbe, das Kleingewerbe und die Gastronomie-Branche sehr schwer hatten. Folgerichtig ist auch, dass jetzt, wenn sich alles wieder normalisiert, die bisherigen Regelungen wieder gelten und Gebühren anfallen; auch für die zusätzliche Nutzung des öffentlichen Grunds. Auch wir wollen die zusätzliche Aussenbestuhlung – aber nicht gratis. Das wäre nicht fair, gerade wenn man bedenkt, dass es auch Gastronomie-Betriebe ohne Terrasse und ohne Garten gibt. Sie können nicht von einer Aussenfläche profitieren. Der Rat beschloss im letzten Budget die dauerhafte Senkung der Gebühren für das Gewerbe um 15 Prozent. Da gehören auch die Gebühren für Boulevardcafés dazu. Demnach soll der Gebührenerlass selbstverständlich auch für die zusätzliche Fläche gelten. Wie unschwer zu erkennen ist, würde die SP dem Postulat sehr gerne zustimmen. Wir haben aber eine Textänderung, die wir gerne berücksichtigt hätten. Es geht darum, dass die definitive Erhöhung der Gastronomie-Aussenbestuhlung so umgesetzt wird, dass Fuss- und Veloverkehr nicht zusätzlich behindert werden und dass es nach wie vor genügend Raum für nicht-kommerzielle Verweilmöglichkeiten im öffentlichen Raum gibt. Konkret heisst das, dass es an besonders engen Stellen Anpassungen brauchen wird, damit Fussgängerinnen, Fussgänger und der Veloverkehr problemlos passieren können. Gleichzeitig braucht es genügend Möglichkeiten, um ein Dosenbier trinken zu können, ohne in einem Restaurant konsumieren zu müssen; gerade bei Bänken und Brunnen muss das berücksichtigt werden.

Dominique Zygmunt (FDP) begründet das Postulat GR Nr. 2021/383 (vergleiche Beschluss-Nr. 4436/2021) und zieht es zurück: Die Erweiterung der Gastronomie-Flächen und der Sitzplatzanzahl wurde aus der Not geboren: aus der Pandemie, die insbesondere der Gastronomie viel abverlangte und grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden hinterliess. Die Ausweitung der Sitzplätze war darum im Frühling 2021 der richtige Vorschlag, um in einer absolut entscheidenden Phase für die Zukunft von Restaurants, Cafés, Bars und weiteren Gastronomiebetrieben einen Beitrag zu leisten. Damit konnte im letzten Jahr ein Teil des verlorenen Umsatzes aufgeholt werden. Leute, die spezifisch draussen etwas trinken oder essen wollten, fanden genügend Platz. Damit wurden auch Arbeitsplätze gesichert. Etwas geschah in der Stadt: Zürich sah auf den Plätzen und in den Gassen plötzlich ein wenig anders aus. Mich erreichten Nachrichten von Menschen, die fanden, dass Zürich mit den zusätzlichen Sitzplätzen und erweiterten Gastronomieflächen plötzlich viel mediterraner sei. Es gebe Plätze, die plötzlich belebt seien, wie beispielsweise der Münsterhof. Es herrschte nicht mehr gähnende Leere, es entstand Stimmung. Zu diesem tollen Lebensgefühl trägt die Gastronomie ihren Teil bei. Darum ist es nicht weiter verwunderlich, dass «Gastro Zürich-City» und über 20 000 Menschen eine Petition unterschrieben, die fordert, dass es genau so bleibt. Auch wir wollen das. Die Befürchtung der damaligen Gegnerinnen und Gegner bewahrheitete sich meiner Meinung nach nicht. Es kam nicht zu mehr Lärmklagen oder Störungen und man kann auch nicht behaupten, dass gewisse öffentliche Nutzungen



der Plätze und Wege verunmöglicht wurden. Diese Befürchtungen lösten sich in Luft auf. An gewissen Orten wurde es tatsächlich enger. Aber wenn Sie den Postulatstext und die Textänderung lesen, dann soll diesbezüglich Abhilfe geschaffen werden. Darum ist für uns klar, dass wir die Ausweitung der Sitzplätze auch über die Pandemie hinaus beibehalten wollen. Es war die Idee der FDP, die nun auch von anderen Parteien mit eigenen Vorstössen übernommen wird. Die Ausweitung ist ein Gewinn für die Gastronomie und für die Menschen in Zürich. Deswegen unterstützen wir den Textänderungsantrag der SP. Klar ist, dass ein solches Postulat keine Wunder bewirken kann. Das kantonale Baurecht spielt weiterhin eine Rolle. Am Ende liegt es am Stadtrat, eine unbürokratische Umsetzung zu finden. Weil der Stadtrat die Ausweitung für den Sommer 2022 bereits nochmals bewilligte, wurde das Postulat von Severin Meier (SP) und mir obsolet, weshalb wir es zurückziehen.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): *Auch bei uns Grünliberalen sorgte das Postulat für ein grosses Interesse. Wir sind der Meinung, dass die Bestimmungen für die Boulevardgastronomie konservativ ausgelegt sind und dass man an gewissen Orten gut 30 Prozent mehr Platz gewähren kann. Wie sich in den beiden Corona-Sommern zeigte, funktionierte das an vielen Orten gut. Beim ersten Durchlesen des Postulats waren wir skeptisch, die temporären Corona-Massnahmen für immer und überall für gültig zu erklären. Es gibt noch ein paar Probleme, vor allem dort, wo es nicht genügend Platz hat. Darum sind wir froh um den Textänderungsantrag, der die wichtigen Punkte präzisiert. So können wir dem Postulat zustimmen. Auch halten wir den Textänderungsantrag der AL mit der Parkplatzkompensation für interessant, aber manchmal hat es genau dort, wo es viel Platz für die Aussenbestuhlung gibt, keine Parkplätze, mit denen kompensiert werden kann. Gerade dort, wo es viel Platz gibt, wollen wir die 30 Prozent gewährleisten können. Aber auch wenn die SVP diesem Antrag zustimmen würde, würden wir dem Postulat zustimmen.*

Urs Riklin (Grüne): *Wir Grünen stehen einer solchen Gastronomie-Aussenerweiterung nicht unvoreingenommen gegenüber. Wenn der kommerzielle Raum sich ausdehnt, wird dadurch der nicht-kommerzielle Raum begrenzt. Es freut mich darum sehr, dass die SP unsere Anliegen in ihrer Textänderung aufnahm. Für uns ist sehr wichtig, dass der Fuss- und Veloverkehr durch eine Ausweitung nicht beeinträchtigt werden. Wir erkennen aber, dass es eine Zunahme der Lebensqualität bedeuten kann, wenn sich Leute im öffentlichen Raum aufhalten, sich sozial austauschen, etwas konsumieren und eine gute Zeit verbringen können. Das tut Zürich sicher sehr gut. Uns ist der Erhalt des nicht-kommerziellen öffentlichen Raums und der Verweilmöglichkeiten wichtig. Das ist aus unserer Sicht möglich, indem zum Beispiel bei einem Teil der zusätzlichen Tische und Stühle keine Konsumationspflicht besteht. Liest man die Textänderung, stellt man fest, dass das ursprüngliche Postulat vielleicht ein wenig unvollständig war. Was am Bullingerplatz gut funktioniert, muss an der Bäckerstrasse nicht gleich gut funktionieren. Die Textänderung ist fast länger als der ursprüngliche Postulatstext. Ich bin sicher, dass der Stadtrat gute Lösungen finden wird, die für alle befriedigend sind.*



Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir unterstützen den Antrag ebenfalls. Insbesondere ist es uns wichtig, dass man das Gewerbe und vor allem die Gastronomie unterstützt. Zusätzlich ist uns wichtig, dass der Stadtrat die Anliegen der direkt betroffenen Bevölkerung im Quartier berücksichtigt, dass situativ beurteilt wird und die Regelung nicht global über die ganze Stadt angewendet wird. Eine Anwendung mit Augenmass ist uns wichtig.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung von Nicole Giger (SP) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Regula Fischer Svosve (AL) ab: Eine Textänderung soll respektvoll mit dem ursprünglichen Text umgehen. Wenn die radikal linke Seite einen Angriff auf die Parkplätze macht, kann die SVP das unmöglich annehmen. Wo bleibt der Respekt bei dieser Textänderung? Glücklicherweise leistete die SP gute Arbeit und tauschte sich mehrmals mit uns aus. So entstand eine gute Textänderung, die wir annehmen.

Nicole Giger (SP): Wir hielten in der Textänderung fest, dass es genügend nicht-kommerziellen Raum braucht. Natürlich ist die ausgedehnte Gastronomie-Fläche eine normale Gastronomie-Fläche und nicht eine Fläche, die beispielsweise mit einer Fläche ohne Konsumzwang verbunden werden kann.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die ~~grosszügige~~ temporäre Regelung für die Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund ~~unbegrenzt~~ beibehalten werden kann. Dies beinhaltet die erhöhte Anzahl der ~~Plätze~~ Aussensitzplätze um maximal 30 Prozent. Die Regelung soll in den ~~geltenden~~ «Leitfaden Boulevardgastronomie» aufgenommen werden. Es ist dabei zu gewährleisten, dass die Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichen Plätzen nicht überhand nimmt und weiterhin die nicht-kommerziellen öffentlichen Räume und Verweilmöglichkeiten bestehen. Ebenso ist zu gewährleisten, dass der Fuss- und Veloverkehr nicht behindert werden. Die grundsätzliche Regel, dass ein 2 Meter breiter Durchgang überall gewährleistet werden muss, ist bei besonders stark frequentierten und engen Stellen auf eine angemessene Breite auszuweiten.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 91 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**54. 2021/383
Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Severin Meier (SP) vom 29.09.2021:
Ausweitung der Anzahl Sitzplätze in der Gastronomie im Aussenbereich auf
öffentlichem Grund für die Saison 2022**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/90, Beschluss-Nr. 53/2022.



5 / 5

Dominique Zygmunt (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4436/2021) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat